



75. Jahrgang / Jänner 2002

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

1. *Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes zu Reklamationsverfahren*
2. *Aufkommen an Abgabenertragsanteilen der Gemeinden 2001*
3. *Finanzdaten der Gemeinden Tirols 1998 bis 2000*
4. *Erhebung über die Gemeindegebarung 2000 der Statistik Österreich: Bezirksübersichten und Landesübersicht*
5. *Bedarfszuweisungen 2001*
Verbraucherpreisindex für November 2001
(vorläufiges Ergebnis)

1.

Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes zu Reklamationsverfahren

Der Verwaltungsgerichtshof hat in vom Wiener Bürgermeister eingeleiteten Reklamationsverfahren fünf Musterfälle herausgegriffen und entschieden. Vorauszuschicken ist, dass das Meldegesetz unterscheidet zwischen dem

Wohnsitz (§1 Abs. 6 MeldeG), der an einer Unterkunft begründet wird, an der sich ein Mensch in der erweislichen Absicht niedergelassen hat, dort bis auf weiteres einen Anknüpfungspunkt von Lebensbeziehungen zu haben, und dem

Hauptwohnsitz (§1 Abs. 7 MeldeG), an dem er sich in der erweislichen Absicht niedergelassen hat, diese zum Mittelpunkt seiner Lebensbeziehungen zu machen.

Nur wenn zwei derartige Mittelpunkte bestehen, hat der Bürger das Recht, jenen als Hauptwohnsitz zu bezeichnen, zu dem er das überwiegende Naheverhältnis hat. § 17 MeldeG bietet dem bei dieser Wahl durch den Bürger „unterlegenen“ Bürgermeister die Möglichkeit, den Bürger für seine Gemeinde zu „reklamieren“; das Reklamationsverfahren wird nur dann für den antragstellenden Bürgermeister erfolgreich sein, wenn der Betroffene ein „überwiegendes Naheverhältnis“ an einem Ort behauptet, an dem er keinen Mittelpunkt der Lebensbeziehungen (§ 1 Abs. 7 MeldeG) hat, mag er dort auch einen Wohnsitz im Sinne des § 1 Abs. 6 MeldeG haben. In einem solchen Reklamationsverfahren entscheidet der Landeshauptmann, wenn die beiden Wohnsitze im selben Land gelegen sind, sonst (also insbesondere immer dann, wenn einer der beiden Wohnsitze in Wien gelegen ist), der Bundesminister für Inneres.

Die Beweismittel in einem derartigen Verfahren sind beschränkt; diese Beschränkung hat der Verfassungsgerichtshof im Erkenntnis vom 26. September 2001, G 139/00 gebilligt und betont, dass das Reklamationsverfahren nicht vorrangig die Durchsetzung subjektiver Rechte meldepflichtiger Einzelpersonen bezwecke, sondern primär der Klärung widerstreitender Interessen von Gebietskörperschaften diene. In den strittigen Fällen soll ein „möglichst plausibles Ergebnis“ darüber erlangt werden, ob die vom Meldepflichtigen vorgenommene Angabe des Hauptwohnsitzes zutreffend seien oder nicht. Die „absolute Sicherheit“ über die Lebenssituation des Meldepflichtigen sei für die Evaluierung des zu beurteilenden Sachverhaltes nicht notwendig, der Gesetzgeber nehme „die in Rede stehenden Unschärfen in Kauf“.

Ausgehend davon sah sich der Verwaltungsgerichtshof in den entschiedenen Fällen zu folgenden Rechtsausführungen veranlasst:

Student: VwGH-Erk. Zahl 2001/05/0935 vom 13. November 2001

1. Studenten, für die Familienbeihilfe bezogen wird, haben weiterhin ein besonderes Naheverhältnis zu ihrem bisherigen Familienverband. Am Ort der Ausbildung wird im allgemeinen kein „Mittelpunkt“ begründet.

2. Bei Studenten unter 26 Jahren, die die leistungsmäßigen Voraussetzungen für die Familienbeihilfe nicht erfüllen, entsteht, weil die am Studienort vorhandenen Beziehungen über die reine Ausbildung nennenswert

hinausgehen, ein weiterer Lebensmittelpunkt, der zum Wahlrecht nach § 1 Abs. 7 MeldeG führt.

3. Verzögert sich das Studium dermaßen, dass auch die Altersgrenze für die Familienbeihilfe überschritten wird, ist die Annahme gerechtfertigt, dass sich die Nahebeziehung zum Studienort wesentlich verdichtet hat, sodass der Mittelpunktcharakter des Heimatortes im Allgemeinen nicht mehr bejaht werden kann. Wenn nicht durch neue familiäre Bindungen (Ehe oder Lebensgemeinschaft; siehe das Erkenntnis vom heutigen Tage, Zl. 2001/05/0932) am früheren Heimatort oder an einem dritten Ort intensive Lebensbeziehungen bestehen, wird der Mittelpunktcharakter des Studienortes nicht zu leugnen sein.

4. Gleiches gilt für Studenten, die durch eine umfassende Erwerbstätigkeit selbst für ihren Unterhalt sorgen, wenn durch Berufstätigkeit und Studium ein derartiger Schwerpunkt am Studienort gebildet wird, dass allenfalls noch bestehende Beziehungen zum Heimatort keine Mittelpunktqualität verschaffen können.

Berufswohnsitz: VwGH-Erk. Zahl 2001/05/0930 vom 13. November 2001

Die 28-Jährige, ledig, geht in Wien einer Beschäftigung nach und wohnt in Wien in ihrer Eigentumswohnung; sie macht gesellschaftliche, insbesondere familiäre Beziehungen zur Heimatgemeinde geltend, die in Wien nicht bestünden.

Durch die mit der Anschaffung einer Eigentumswohnung erfolgte Kapitalbindung wurde jedenfalls eine massive wirtschaftliche Beziehung geschaffen, zumal die Eigentumswohnung am Ort der Berufsausübung und nicht etwa an einem Freizeitwohnsitz erworben wurde. Bei der im Reklamationsverfahren gebotenen generalisierenden Betrachtungsweise tritt die familiäre Bindung einer ledigen Person umso mehr in den Hintergrund, je mehr sich ihr Alter vom Erreichen der Volljährigkeit entfernt hat und je länger sie am Ort der Berufsausübung Aufenthalt genommen hat.

Wochenpendler: VwGH-Erk. Zahl 2001/05/0945 vom 13. November 2001

Der 38-Jährige, ledig, ist in Wien berufstätig; am Donnerstag nach dem Arbeitsende fährt er in seine Heimatgemeinde in der Steiermark (wo er seit der Geburt gemeldet ist) und kehrt am Montag in der Früh berufsbedingt nach Wien zurück. Er hat in Wien keine familiären Bindungen, an seinem Wohnsitz in der Steiermark

wohnen seine Mutter und sein Bruder; dort verbringt er die Freizeit, den Urlaub und auch die „Stempelzeit“.

Sog. „Wochenpendler“, die eine Unterkunft (Wohnung) am Ort oder in der näheren Umgebung des Arbeitsplatzes als weiteren Wohnsitz nur aus beruflichen Gründen (und im Falle eines Berufs- bzw. Arbeitgeberwechsels auch einen Wechsel des weiteren Wohnsitzes in Kauf nehmen würden) haben damit keinen Hauptwohnsitz begründet. Dies gilt auch für alleinstehende Betroffene, wenn sie ausschließlich berufliche Lebensbeziehungen am Ort oder in der Nähe der Arbeitsstätte konzentriert haben, aber gesellschaftliche, insbesondere familiäre Beziehungen am Heimatort bestehen und nicht weitere besondere gesellschaftliche und/oder wirtschaftlichen Lebensbeziehungen (etwa die Anschaffung einer Eigentumswohnung) am Ort des Arbeitsplatzes hinzukommen.

Ferienwohnsitz: VwGH-Erk. Zahl 2001/05/0941 vom 13. November 2001

Die 1938 in Wien Geborene, verheiratet, seit Anfang Dezember 1998 pensioniert, war im Zeitraum 1973 bis 1999 mit Hauptwohnsitz in Wien gemeldet. Am 19. März 1999 meldete sie St. J. (von ihr selbst als „Ferienwohnung, Wochenendhaus“ bezeichnet) als Hauptwohnsitz und den bisherigen Hauptwohnsitz als weiteren Wohnsitz. Der im Jahre 1933 geborene Ehegatte der Zweitmitbeteiligten ist weiterhin mit Hauptwohnsitz in der Wiener Unterkunft gemeldet.

1. Unter Berücksichtigung des im § 44 ABGB formulierten Begriffes der Ehe und der sich daraus ergebenden Verpflichtung der Ehegatten zu einer umfassenden ehelichen Lebensgemeinschaft ist bei Feststellung des Hauptwohnsitzes grundsätzlich davon auszugehen, dass zwischen Ehegatten eine solche Lebensgemeinschaft besteht. Gleiches gilt für eine außereheliche Lebensgemeinschaft, die dem typischen Erscheinungsbild des ehelichen Zusammenlebens entspricht, wobei allerdings im Bereich des Reklamationsverfahrens nach dem MeldeG diese Gleichstellung nur für die unstrittige Lebensgemeinschaft gelten kann, weil die beschränkte Beweisaufnahme die Feststellung einer Lebensgemeinschaft gegen den Willen der Betroffenen keinesfalls erlaubt.

2. Einem – ohne irgendeine familiäre Bindung – neu geschaffenen Freizeitwohnsitz (Wochenendhaus, Ferienwohnung) bei aktiv Erwerbstätigen kommt keine Mittelpunktqualifikation zu.

3. Beim Übertritt beider Ehegatten (Lebensgefährten) in den Ruhestand wird ein Mittelpunkt am Ort des Ferienwohnsitzes dann vorliegen, wenn familiäre und andere Lebensbeziehungen zu jenem Wohnsitz, an dem früher die Berufsausübung erfolgte, nur mehr in untergeordneter Weise bestehen.

4. Ein anderes Freizeitverhalten des in Pension befindlichen Betroffenen im Vergleich zum noch berufstätigen Partner rechtfertigt nicht die Annahme eines vom Ehegatten verschiedenen Hauptwohnsitzes, weil der Ort der Berufsausübung beim anderen Ehegatten von entscheidender Bedeutung ist.

5. Sollte sich beim Pensionistenehepaar auf Grund des durchgeführten Beweisverfahrens ergeben, dass an beiden Wohnsitzen intensive gesellschaftliche Beziehungen bestehen, so können wirtschaftliche Beziehungen – etwa die Schaffung eines Eigenheims – eine entscheidende Rolle spielen. Liegen solche wirtschaftlichen Beziehungen zu nur einem Ort nicht vor, wohl aber gesellschaftliche Beziehungen beider Ehegatten zu beiden Orten, dann werden zwei Mittelpunkte in Betracht kommen. Unvermeidbar ist in solchen Fällen die Möglichkeit, dass von den beiden Ehegatten divergierende Wahlen getroffen werden; eine Anknüpfung allein an die Erklärung des Ehegatten genügt nicht, weil es nicht darauf ankommen kann, welcher der beiden Bürgermeister zuerst ein Reklamationsverfahren eingeleitet hat.

Familie: VwGH-Erk. Zahl 2001/05/0932 vom 13. November 2001

Der 1962 geborene, ledige, derzeit arbeitslose Saisonarbeiter war von 1985 bis 1999 mit Hauptwohnsitz in Wien gemeldet, danach meldete er sich in X als Hauptwohnsitz an. Dort kaufte er ein Grundstück samt Haus, das er derzeit umbaut. Seine Freizeit verbringt er an der Baustelle. Nach Abschluss der Bauarbeiten möchte er seinen weiteren Wohnsitz in Wien aufgeben. In seiner Wiener Wohnung haben seine Freundin und seine Tochter, welche in Wien eine weiterführende Schule besucht, den Hauptwohnsitz.

Im Hinblick auf die bestehende Lebensgemeinschaft und die mit der Tochter bestehende Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft ist auch unter Bedachtnahme auf Art. 8 MRK (Achtung des Familienlebens) allein die Bundeshauptstadt als Mittelpunkt der Lebensbeziehungen anzunehmen, weil eine derartige familiäre und wirtschaftliche Beziehung als so intensiv angesehen werden muss, dass ein Mittelpunkt der Lebensbeziehungen an einem anderen Ort auszuschließen ist. Die durch die Kapitalbindung entstandene wirtschaftliche Beziehung kann für sich allein jedenfalls noch nicht als derart intensiv angesehen werden, dass aus einer Schlafstelle im Zuge der Bauarbeiten ein Mittelpunkt der Lebensbeziehungen entsteht.

2. Aufkommen an Abgabenertragsanteilen der Gemeinden 2001

Ertragsanteile an	Jänner-Dezember		Differenz in Schilling	Änderung in %
	2000	2001		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN				
Körperschaftssteuer	544.089.779	816.469.105	272.379.326	50,06
Veranlagter Einkommensteuer	386.833.261	500.762.824	113.929.563	29,45
Lohnsteuer	2.086.967.341	2.039.804.162	-47.163.179	-2,26
Kapitalertragsteuer	65.730.852	65.795.574	64.722	0,10
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	265.524.458	288.248.760	22.724.302	8,56
Bodenwertabgabe	7.612.960	9.222.256	1.609.296	21,14
SUMME Einkommen- u. Vermögenst.	3.356.758.651	3.720.302.681	363.544.030	10,83
SONSTIGEN STEUERN				
Werbeabgabe	0	18.451.884	18.451.884	0,00
Umsatzsteuer	1.931.717.458	2.269.725.455	338.007.997	17,50
Abgabe von alkoh. Getränken	73.222	60.137	-13.085	-17,87
Biersteuer	46.207.307	46.941.760	734.453	1,59
Mineralölsteuer	75.632.431	79.651.439	4.019.008	5,31
Alkoholst., Branntweinaufschl., Monopolausgl.	38.764.994	13.268.653	-25.496.341	-65,77
Weinsteuer	384	1.541	1.157	301,30
Schaumwein- u. Zwischenerz. Steuer	7.744.810	6.873.288	-871.522	-11,25
Grunderwerbssteuer	692.724.783	675.030.129	-17.694.654	-2,55
SUMME sonstige Steuern	2.792.865.389	3.110.004.286	317.138.897	11,36
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u. Vermögenst. und sonstigen Steuern	6.149.624.040	6.830.306.967	680.682.927	11,07
Zuteilung gem. § 12 Abs. 2 FAG	5.894.424	34.704.508	28.810.084	488,77
Summe ohne Zwischenabrechnung	6.155.518.464	6.865.011.475	709.493.011	11,53
Zwischenabrechnung	263.356.880	285.373.579	22.016.699	8,36
G E S A M T	6.418.875.344	7.150.385.054	731.509.710	11,40
Werbeabgabe für das Jahr 2000	0	3.417.607	3.417.607	0
	6.418.875.344	7.153.802.661	734.927.317	

G E S A M T	6.418.875.344	7.150.385.054	731.509.710	11,40
<i>bereinigt um Getränkesteuerausgleich inkl. Zwi-Abre</i>	176.838.766	537.833.360	360.994.594	204,14
<i>bereinigt um Werbeabgabe inkl. Zwi-Abre</i>	0	25.405.944	25.405.944	0,00
<i>Ertragsanteile bereinigt</i>	6.242.036.578	6.587.145.750	370.515.116	5,94

<i>Umsatzsteuer</i>	1.931.717.458	2.269.725.455	338.007.997	17,50
<i>bereinigt um Getränkesteuerausgleich ohne Zwi-Abre</i>	176.838.766	533.020.751	356.181.985	201,42
<i>Umsatzsteuer bereinigt</i>	1.754.878.692	1.736.704.704	-18.173.988	-1,04

3. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 1998 bis 2000

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	BEZIRKE						INNSBRUCK-STADT						SUMME TIROL					
	1998 (Z78 G)	1999 (Z78 G)	2000 (Z78 G)	1998	1999	2000	1998 (Z79 G)	1999 (Z79 G)	2000 (Z79 G)	1998 (Z79 G)	1999 (Z79 G)	2000 (Z79 G)	1998 (Z79 G)	1999 (Z79 G)	2000 (Z79 G)			
Einwohnerzahl lt. Volkszählung 1991	513.298	513.298	513.298	118.112	118.112	118.112	118.112	118.112	118.112	118.112	118.112	118.112	631.410	631.410	631.410			
Abgestufte Bevölkerungszahl	707.663	707.663	707.663	275.995	275.995	275.995	275.995	275.995	275.995	275.995	275.995	275.995	983.258	983.258	983.258			
Finanzkraft lt. FAG 1997 in 1000 S	786.530	814.000	842.708	237.430	244.430	250.252	1.023.960	1.023.960	1.023.960	1.023.960	1.023.960	1.023.960	1.058.430	1.058.430	1.058.430			
	In 1000 S	je EW	In 1000 S	je EW	In 1000 S	je EW	In 1000 S	je EW	In 1000 S	je EW	In 1000 S	je EW	In 1000 S	je EW	In 1000 S	je EW		
Ordentliche Einnahmen	11.995.744	23.370	12.466.692	24.287	12.706.186	24.754	3.622.582	30.671	3.613.091	30.590	3.719.917	31.495	15.618.326	24.736	16.079.782	25.466		
2. Außerordentliche Einnahmen	2.714.643	5.289	2.934.096	5.716	2.576.580	5.020	621.038	5.258	684.222	5.793	823.359	6.971	3.335.681	5.283	3.618.318	5.385		
3. Gesamteinnahmen	14.710.387	28.659	15.400.788	30.004	15.282.766	29.774	4.243.620	35.929	4.297.313	36.383	4.543.276	38.466	18.954.007	30.019	19.698.100	31.197		
4. Personalaufwand	2.259.960	4.403	2.390.412	4.657	2.458.750	4.790	750.997	6.358	769.152	6.512	770.261	6.521	3.010.957	4.769	3.159.563	5.004		
5. Sachaufwand	8.861.627	17.264	9.273.905	18.067	9.555.538	18.616	2.848.511	24.117	2.804.969	23.748	2.904.863	24.594	11.710.138	18.546	12.078.875	19.130		
6. Ordentliche Ausgaben	11.121.587	21.667	11.664.317	22.724	12.014.288	23.406	3.599.508	30.475	3.574.121	30.260	3.675.124	31.116	14.721.095	23.315	15.238.438	24.134		
7. Außerordentliche Ausgaben	2.864.149	5.560	2.970.814	5.788	2.503.400	4.877	621.038	5.258	684.222	5.793	823.359	6.971	3.475.187	5.504	3.655.036	5.789		
8. Gesamtausgaben	13.975.736	27.227	14.635.131	28.512	14.517.688	28.283	4.220.546	35.733	4.258.343	36.053	4.498.483	38.087	18.196.282	28.818	18.893.474	29.923		
Von den ordentlichen Einnahmen entfallen auf:																		
9. Grundsteuer A	12.196	24	12.350	24	12.337	24	242	2	243	2	240	2	12.438	20	12.593	20		
10. Grundsteuer B	424.447	827	446.522	870	460.804	898	103.375	875	105.383	892	108.781	921	527.822	836	551.905	874		
11. Gewerbesteuer	29.617	58	39.443	77	19.399	38	6.345	54	3.881	33	3.369	29	35.962	57	43.324	69		
12. Lohnsummen-/Kommunalsteuer	1.288.836	2.511	1.357.399	2.644	1.414.194	2.755	448.199	3.795	464.722	3.935	484.407	4.101	1.737.035	2.751	1.822.121	2.886		
13. Getränke- und Speiseissteuer	694.216	1.352	672.595	1.310	241.528	471	121.822	1.031	124.024	1.050	62.772	531	816.038	1.292	796.619	1.262		
14. Vergütungssteuer	17.065	33	12.565	24	19.104	37	22.610	191	23.339	198	26.831	227	39.676	63	35.904	57		
15. Hundesteuer	7.943	15	8.088	16	8.504	17	2.666	23	2.713	23	2.874	24	10.609	17	11.378	18		
16. Anklundigungssteuer	6.170	12	6.774	13	5.153	10	15.022	127	13.987	118	10.234	87	21.193	34	20.760	33		
17. Gebrauchsabgabe	50.999	99	55.357	108	46.985	92	72.266	612	73.002	618	69.846	591	123.265	195	128.359	203		
18. Verwaltungsabgabe	27.494	54	26.746	52	27.508	54	8.354	71	9.595	81	7.659	65	35.848	57	36.341	58		
19. Sonstige Gemeindeabgaben	23.401	46	23.319	45	29.405	57	3.096	26	2.715	23	67.887	575	26.497	42	26.034	41		
20. Abgaben nach der TBO	284.069	553	290.026	565	322.203	628	74.041	627	78.956	668	65.213	552	358.110	567	368.982	584		
21. Summe Eigene Steuern + Int.Beträge	2.866.453	5.584	2.951.184	5.749	2.607.123	5.079	878.039	7.434	920.560	7.642	910.114	7.706	3.744.492	5.930	3.853.744	6.103		
22. Abgabenbeiträge (1)	3.622.548	7.057	3.758.202	7.322	4.034.523	7.860	1.431.338	12.118	1.528.943	12.945	1.566.693	13.264	5.053.886	8.004	5.287.745	8.374		
23. Su. Eig. Steuern+Int.Beträge+EA	6.489.001	12.642	6.709.386	13.071	6.641.646	12.939	2.309.377	19.552	2.431.503	20.586	2.476.807	20.970	8.798.378	13.934	9.140.889	14.477		
In % der ordentlichen Einnahmen	54,09%		53,82%		52,27%		63,75%		67,30%		66,58%		56,33%		56,85%			
24. Benutzungsgebühren nach dem FAG	1.421.138	2.769	1.477.163	2.878	1.582.294	3.083	443.446	3.754	417.627	3.536	384.879	3.259	1.864.584	2.953	1.894.790	3.001		
25. Bedarfszuweisungen 2)	592.215	1.154	594.299	1.158	714.765	1.392	130.244	1.103	130.786	1.107	106.276	900	722.459	1.144	725.085	1.148		
26. Summe Zeilen 23 bis 25	8.502.354	16.564	8.780.848	17.107	8.938.705	17.414	2.883.067	24.410	2.979.916	25.230	2.967.962	25.128	11.385.421	18.032	11.760.764	18.626		
Sonstige Daten:																		
27. Rücklagenstand	1.523.585	2.968	1.503.292	2.929	1.362.331	2.654	549.521	4.653	601.829	5.095	667.360	5.650	2.073.106	3.283	2.105.121	3.334		
28. Darlehensforderungen	247.430	482	199.777	389	89.971	175	1.150.351	9.739	1.003.863	8.499	881.793	7.466	1.397.781	2.214	1.203.640	1.906		
29. Schutzrisen	301.483	281.335	281.335	344.797	49.000	32.642	32.156	32.156	32.156	32.156	32.156	32.156	350.483	313.977	313.977	376.953		
30. Schuldentilgung ohne Betriebe	512.544	999	574.366	1.119	540.074	1.052	270.659	2.292	138.275	1.171	148.505	1.257	783.203	1.240	712.641	1.129		
31. Schuldenstand	8.516.138	16.591	9.258.148	18.037	9.411.392	18.335	810.618	6.863	671.627	5.686	622.613	5.280	3.326.755	14.771	3.929.774	15.726		
32. Erwerb bewegliches Vermögen	364.199	366.117	366.117	327.166	52.147	72.876	55.332	55.332	416.346	438.993	386.498	438.993	386.498	386.498	386.498	386.498		
33. Erwerb unbewegliches Vermögen	3.065.722	2.938.894	2.938.894	2.612.938	250.334	159.173	208.403	208.403	3.316.056	3.316.056	3.316.056	3.316.056	3.098.067	3.098.067	3.098.067	2.821.341		
34. Kapitaltransfereinzahlungen	597.482	669.504	669.504	577.638	216.634	814.116	263.159	814.116	919.365	919.365	840.797	919.365	840.797	840.797	840.797	840.797		
35. Vermögen (Su. Zeilen 32-34)	4.027.403	7.846	3.974.515	7.743	3.517.742	6.853	519.115	4.395	481.910	4.080	530.894	4.495	4.546.518	7.201	4.456.425	7.058		
36. Zuführung an Rücklagen	397.794	354.782	354.782	365.894	240.516	246.592	246.592	246.592	333.669	333.669	638.310	601.374	701.563	701.563	701.563	701.563		
37. Zuführung an a.o. Haushalt	513.950	496.858	496.858	560.752	200.603	216.394	202.935	202.935	714.553	714.553	714.553	714.553	763.687	763.687	763.687	763.687		
38. Darlehensaufnahmen	1.219.409	1.348.095	1.348.095	1.013.406	28.001	31.786	28.001	31.786	84.247	84.247	1.245.410	1.379.881	1.097.653	1.379.881	1.097.653	1.097.653		
39. Zahl der Beamten	405	399	399	374	553	484	460	460	958	958	883	958	834	883	834	834		
40. Zahl der sonstigen ständige Bediensteten	5.213	5.364	5.364	5.380	1.276	1.165	1.276	1.165	6.489	6.489	6.529	6.489	6.529	6.529	6.529	6.529		
41. Summe ständige Bedienstete	5.618	5.763	5.763	5.754	1.829	1.649	1.829	1.649	7.447	7.447	7.412	7.447	7.412	7.412	7.412	7.412		

Anmerkung: 1) mit Spielbankabgabe Seefeld i. T., Kitzbühel, Innsbruck-Stadt; 2) lt. Aufzeichnung der Abt. Gemeindeangelegenheiten (inkl. BDZV für Kat.-Schäden+Abwasserbefähigung); 3) Zeilen Nr. 32 bis 35 Änderung gegenüber Vorjahr

4. Erhebung über die Gemeindegebarung 2000 der Statistik Österreich: Bezirksübersichten und Landesübersicht

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	Imst - 24 G		Ibk.-Land - 65 G		Kitzbühel - 20 G		Kufstein - 30 G		Landeck - 30 G		Lienz - 33 G		Reutte - 37 G		Schwarz 39 G		Su. Bezirke - 278 G		Ibk.-Stadt - 1 G		Summe Tirol 279 G	
	%	je EW	%	je EW	%	je EW	%	je EW	%	je EW	%	je EW	%	je EW	%	je EW	%	je EW	%	je EW	%	je EW
Einwohnerzahl lt. Volkszählung 1991	46.833	9,12	141.334	27,53	54.127	10,54	84.627	16,49	40.207	7,83	48.338	9,42	29.140	5,68	68.692	13,38	513.288	100,00	118.112	18,71	631.410	100,00
Abgestufte Bevölkerungszahl	62.443	8,82	195.960	27,69	72.168	10,20	120.683	17,05	53.610	7,58	68.406	9,67	38.855	5,49	95.538	13,50	707.663	100,00	275.595	28,03	983.258	100,00
Finanzkraft lt. FAG 1997 in 1000 S	89.720	8,27	214.586	25,46	111.149	13,19	152.491	18,10	64.635	7,67	53.803	6,38	57.212	6,79	119.112	14,13	842.708	100,00	250.252	22,90	1.092.960	100,00
1 Ordentliche Einnahmen	1.232.218	26,311	3.268.792	23,128	1.380.391	25,503	2.066.777	24,422	1.118.530	27,819	1.168.025	24,164	812.687	27,889	1.858.768	24,148	12.706.186	24,754	3.719.917	31,495	16.426.103	26,015
2 Außerordentliche Einnahmen	254.306	5,430	762.192	5,393	134.736	2,489	359.261	4,245	325.397	8,093	344.738	7,132	205.983	7,069	2.576.580	2,765	2.576.580	5,020	823.359	6,971	3.399.939	5,385
3 Gesamteinnahmen in % der Bezirkssumme	1.486.524	31,741	4.030.984	28,521	1.515.127	27,992	2.426.038	28,667	1.443.927	35,912	1.512.763	31,296	1.018.670	34,958	1.848.735	26,913	15.282.766	29,774	4.543.276	38,466	19.826.042	31,400
4 Personalaufwand	240.753	5,141	690.070	4,883	272.955	5,043	443.374	5,239	199.488	4,961	216.299	4,475	139.161	4,776	256.652	3,736	2.468.750	4,790	770.261	6,521	3.229.011	5,114
5 Sachaufwand	931.924	19,899	2.417.678	17,106	1.048.683	19,374	1.497.096	17,691	831.568	20,682	920.613	18,451	640.566	21,982	1.267.413	18,451	9.555.538	18,616	2.904.863	24,594	12.460.401	19,734
6 Ordentliche Ausgaben	1.172.677	25,040	3.107.748	21,989	1.321.638	24,417	1.940.470	22,930	1.031.054	25,644	1.136.909	23,520	779.727	26,758	1.524.065	22,187	12.014.288	23,406	3.675.124	31,116	15.689.412	24,848
7 Außerordentliche Ausgaben	243.011	5,189	721.489	5,105	137.932	2,548	311.313	3,679	336.289	8,364	357.338	7,392	196.615	6,747	199.413	2,903	2.503.400	4,877	823.359	6,971	3.326.759	5,269
8 Gesamtausgaben in % der Bezirkssumme	1.415.688	30,228	3.829.237	27,094	1.459.570	26,966	2.251.783	26,608	1.367.343	34,008	1.494.247	30,912	976.342	33,505	1.723.478	25,090	14.517.688	28,283	4.498.483	38,087	19.016.171	30,117
von den ordentlichen Einnahmen entfallen auf:		9,75%	26,38%		10,05%		15,51%		9,42%		10,29%		6,73%		11,87%		100,00%		23,66%		100,00%	
9 Grundsteuer A	939	20	2.356	17	1.921	35	2.215	26	785	20	1.233	26	1.099	38	1.789	26	12.337	24	240	2	12.577	20
10 Grundsteuer B	39.076	834	115.149	815	79.995	1.478	75.420	891	38.923	968	25.872	535	30.455	1.045	55.914	814	460.804	898	108.781	921	569.585	902
11 Gewerbesteuer	104	2	575	4	5.269	97	11.749	139	37	1	43	1	1.550	53	72	1	19.399	38	3.369	29	22.768	36
12 Kommunalsteuer	111.713	2.385	363.997	2,575	151.537	2,800	274.105	3,239	102.697	2,554	96.784	2,002	97.571	3,348	215.790	3,141	1.414.194	2,755	484.407	4,101	1.898.601	3,007
13 Getränke- und Speiseissteuer	27.931	596	47.269	334	32.975	609	35.241	416	32.967	820	15.506	321	14.853	510	34.786	506	241.528	471	62.772	531	304.300	482
14 Vergnügungssteuer	409	9	2.496	17	10.925	202	1.617	19	624	16	1.293	27	281	10	1.497	22	19.104	37	26.831	227	45.935	73
15 Hundesteuer	904	19	2.821	20	1.052	19	1.246	15	655	16	404	8	468	16	953	14	8.504	17	2.874	24	11.378	18
16 Anklüdgungssteuer	358	8	969	7	338	6	962	11	223	6	1.945	4	122	4	235	3	5.153	10	10.234	87	15.387	24
17 Gebrauchsabgabe	3.235	69	7.606	54	7.924	146	14.262	169	686	14	686	14	6.037	207	6.094	89	46.985	92	69.846	591	116.831	185
18 Verwaltungsabgabe	2.506	54	6.472	46	4.511	83	4.653	55	2.289	57	2.032	42	1.404	48	3.640	53	27.508	54	7.659	65	35.167	56
19 Sonstige Gemeindeabgaben	2.768	59	1.536	11	3.085	57	5.958	70	4.342	108	6.308	131	2.402	82	3.004	44	29.405	57	67.887	575	97.292	154
20 Abgaben nach der TBO	28.319	605	81.114	616	62.088	1.147	47.654	563	21.772	541	21.299	441	16.370	562	37.607	547	322.203	628	65.213	552	387.416	614
21 Summe Eigene Steuern + Int.Beträge	218.262	4.660	638.321	4,516	361.601	6,681	475.083	5,614	206.456	5,135	173.406	3,587	172.612	5,924	361.382	5,261	2.607.123	5,079	910.114	7,706	3.517.237	5,570
22 Abgabentragsanteile 1)	360.585	7.699	1.111.608	7,865	414.243	7,653	679.421	8,028	313.610	7,800	390.361	8,076	221.595	7,604	543.100	7,906	4.034.523	7,860	1.566.693	13,284	5.601.216	8,871
23 Su. Eig. Steuern+Int.Beträge+A+E	578.847	12,360	1.749.929	12,382	775.844	14,334	1.154.504	13,642	520.066	12,935	563.767	11,663	394.207	13,528	904.482	13,167	6.641.646	12,939	2.476.807	20,970	9.118.453	14,441
in % der ordentlichen Einnahmen	46,98%		53,53%		56,20%		55,86%		46,50%		48,27%		48,51%		54,53%		52,27%		66,58%		55,51%	
24 Benützungsgeldern nach dem FAG	194.108	3,931	364.320	2,578	201.820	3,729	216.169	2,554	178.252	4,433	133.542	2,763	113.963	3,911	190.120	2,768	1.582.294	3,083	384.879	3,259	1.967.173	3,116
25 Bedarfszuweisungen 2)	59.125	1,262	145.103	1,027	54.256	1,002	93.631	1,106	75.247	1,871	110.965	2,296	83.264	2,857	93.174	1,356	714.765	1,392	106.276	900	821.041	1,300
26 Summe Zeilen 23 bis 25	822.080	17,553	2.259.352	15,986	1.031.920	19,065	1.464.304	17,303	773.565	19,240	806.274	16,721	591.434	20,296	1.187.776	17,291	8.938.705	17,414	2.967.962	25,128	11.906.667	18,857
Sonstige Daten:																						
27 Rücklagenstand	54.030	1,154	424.709	3,005	99.155	1,832	275.640	3,257	143.185	3,561	182.175	3,769	68.339	2,345	115.098	1,676	1.362.331	2,654	667.360	5,650	2.029.691	3,215
28 Darlehensforderungen	2.049	44	28.382	201	4.965	92	26.868	317	13.092	326	1.077	22	3.993	137	9.545	139	89.971	175	881.793	7,466	971.764	1,539
29 Schulzinsen	51.276	1,076	62.000	0,451	37.085	0,681	35.557	0,420	46.695	1,166	39.533	0,853	36.841	1,264	35.810	0,494	344.797	0,632	32.156	0,273	376.953	0,587
30 lfd. Schuldentilgung ohne Betriebe	62.341	1,331	107.199	0,780	68.621	1,273	88.621	1,043	54.911	1,366	50.880	1,053	42.647	1,464	72.889	1,011	540.074	1,052	148.505	1,257	688.579	1,091
31 Schuldenstand	1.135.395	24,243	1.920.767	13,590	1.006.088	18,588	1.113.579	13,159	1.137.729	28,297	952.398	19,703	994.483	34,128	1.150.953	16,755	9.411.392	18,335	623.613	5,280	10.035.006	15,983
32 Erwerb bewegliches Vermögen	40.665	0,853	71.800	0,520	29.623	0,544	55.776	0,653	34.300	0,853	40.423	0,853	23.848	0,770	30.733	0,424	327.166	0,614	59.332	0,502	386.498	0,597
33 Erwerb unbewegliches Vermögen	273.535	5,753	703.261	5,066	184.723	3,367	305.458	3,574	284.641	7,132	312.346	6,574	216.448	7,434	332.526	4,566	2.612.938	4,843	208.403	1,773	2.821.341	4,344
34 Kapitaltransfereinzahlungen	30.515	0,644	140.781	1,032	36.972	0,677	153.148	1,781	72.150	1,819	47.690	1,032	14.879	51,503	54.503	0,744	577.638	1,074	263.159	2,311	840.797	1,254
35 Vermögensgebarung (Su. Z. 32 bis 34)	344.715	7,361	915.842	6,480	251.318	4,643	514.382	6,078	391.091	9,727	427.459	8,843	255.173	8,757	417.762	6,082	3.517.742	6,853	530.894	4,495	4.048.636	6,412
36 Zuführung an Rücklagen	13.323	0,279	95.033	0,693	41.283	0,758	58.817	0,691	28.301	0,717	70.171	1,483	23.740	0,824	35.226	0,482	385.894	0,714	335.689	2,811	701.563	1,059
37 Zuführung an o. Haushalt	59.825	1,261	187.057	1,371	47.390	0,864	86.641	1,016	59.063	1,503	44.737	0,973	43.477	32,562	560.752	7,655	560.752	1,032	202.935	1,773	763.687	1,131
38 Darlehensaufnahmen	95.859	2,033	322.484	2,327	36.907	0,674	66.713	0,783	129.941	3,244	156.043	3,244	121.172	82,287	82.287	1,121	1.013.406					

5. Bedarfszuweisungen 2001 nach Verwendungszwecken in 1.000 S

Bezirk	EWZ	Bezirks-/Stadt- Krankenhäuser		Volksschulen	Hauptschulen Polytech. Lehrgang Sonderschulen	Abwasserbeseitigung *	Wasser- Ver- sorgung	Wildbach- und Lawnen- ver- bauung	Kata- strophenschäden	Straßen und Wege Brücken	Gemeinde und Mehr- zweck- häuser	Alten- heime	Kinder- gärten und Jugend- heime	Feuerwehr		Friedhöfe und Leichen- hallen	Sonstige Zwecke	Gesamt	in %	
		Bezirks- kontingent	außerhalb Bezirks- kontingent											Geräte- häuser	Fahr- zeuge und Aus- rüstung					
Imst	24	46.833	0	0	10.600	5.500	10.031	1.200	420	354	7.548	5.200	2.000	1.000	3.300	900	2.250	8.822	59.125	7,20%
Innsbruck-Land	65	141.334	0	10.000	21.960	5.340	16.427	2.550	2.280	2.123	35.750	18.600	5.840	850	3.450	3.250	3.500	13.183	145.103	17,67%
Kitzbühel	20	54.127	0	0	3.500	5.100	441	3.700	2.000	460	13.578	7.880	0	0	8.150	200	700	8.547	54.256	6,61%
Kurstein	30	84.627	0	22.000	7.200	4.500	7.093	2.380	2.270	989	19.613	9.110	500	500	930	900	700	14.946	93.631	11,40%
Landeck	30	40.207	0	0	4.400	2.000	6.671	2.080	4.253	605	15.821	11.100	4.550	1.770	1.750	3.300	800	16.148	75.247	9,16%
Lienz	33	48.338	0	7.500	28.450	4.777	13.405	5.250	1.800	1.406	11.147	11.750	0	3.500	1.700	2.650	1.550	16.080	110.965	13,52%
Reutte	37	29.140	0	1.500	7.350	10.000	8.056	2.440	2.810	473	3.060	14.500	0	500	6.900	1.820	1.700	22.156	83.264	10,14%
Schwaz	39	68.692	0	4.000	4.550	8.400	4.136	4.400	3.900	4.347	23.677	3.200	330	3.780	0	680	5.050	22.726	93.174	11,35%
Innsbruck Stadt	1	118.112												500				105.776	106.276	12,94%
Summe Bezirke	279	631.410	0	45.000	88.010	45.617	66.260	24.000	19.733	10.756	130.194	81.340	13.220	12.400	26.180	13.700	16.250	228.383	821.043	100,00%
Sonstige			49.882 Schulbaufonds			1.816 Musikschulen			922 Vorschuss Kat-Schäden										52.620	
Summe Tirol	279	631.410																	873.663	

* inklusive Drittelbeteiligung des Gemeindeausgleichsfonds am Landeszuschuß für Abwasserbeseitigung

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR NOVEMBER 2001**
(vorläufiges Ergebnis)

	Oktober 2001 (endgültig)	November 2001 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	103,2	103,0
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	108,6	108,4
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	142,0	141,7
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	220,7	220,3
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	387,4	386,7
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	495,2	494,2
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	493,6	492,6

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat November 2001 beträgt 103,0 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber Oktober 2001 (103,2 endgültige Zahl) um 0,2% gesunken (Oktober 2001 gegenüber September 2001: +0,1%). Gegenüber November ergibt sich eine Steigerung um 2,0% (Oktober 2001/2000: +2,5%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck